

ben Eisenbahn- und Fußballkarten auf dem Schwarzmarkt.

Das schlimmste Spiel treiben die unterbezahlten Bewacher der Konzentrationslager und Gefängnisse mit inhaftierten Sympathisanten des Kommunisten-Aufstandes vom September 1965. Da die Wächter nur etwa 15 Mark im Monat verdienen, aber zum Existenzminimum 100 Mark brauchen, lassen sie ihre unterernährten Gefangenen gegen hohe Schmiergelder frei.

Die Familien müssen oft die letzte Habe verkaufen, um das Lösegeld aufzubringen. Dann aber wird der Freigekaufte erneut verhaftet — unter dem gleichen Verdacht der Sympathie für den Kommunismus. Erneut bieten ihn seine Kerkermeister feil, bis zum endgültigen Bankrott der Angehörigen.

Präsident Suharto brauchte die Talente der Soldaten, um nach der jahrelangen Mißwirtschaft seines gestürzten Vorgängers Sukarno die Wirtschaft wieder anzukurbeln. Mit seiner „Neuen Ordnung“ vollbrachte der 49jährige Staatschef das „Wunder“ („Far Eastern Economic Review“), die Inflationsrate in nur drei Jahren von 635 Prozent auf 24 Prozent zu drosseln.

Solange der Öl-Soldat — und promovierte Arzt — Sutowo nur die Ausländer schröpfte und dem Land bitter benötigte Devisen verschaffte, gönnte ihm das Volk seine private Maklergebühr. Als Sutowos Pertamina aber auch an den Millionen Arbeitslosen Indonesiens verdienen wollte und den Literpreis für Kerosin — den Brennstoff der Massen für Lampen und Herde — von 16 auf 25 Pfennig erhöhte, protestierten die Indonesier.

In Djakarta rebellierten die Studenten, deren Aufstand einst Indonesien vom Befreier Sukarno und dessen Korruption befreit hatte. Unter dem Druck der Unruhen ließ der — selbst integre — Präsident Suharto 700 Militärs „der alten Ordnung“ verhaften.

Von seinem Großverdiener mochte sich der Staatschef jedoch nicht trennen: Er stellte über Sutowo und seine Kollegen vier zivile Aufpasser, die fortan die Bücher prüfen. Bis zu den versprochenen Wahlen in 14 Monaten werden aber weiterhin — so „Time“ — „Generäle, Oberste und Majore als Gouverneure, Hoteliers und Industrielle dienen — manchmal sogar auch als Soldaten“.

USA

SCHULINTEGRATION

King Claude

Um das Schulamt des Bezirks Manatee im US-Orangestaat Florida kurvte ein Auto mit dem Transparent: „Give 'em hell, Kirk“ (Mach sie fertig).

Gouverneur Claude Kirk jr., 44, gab sein Bestes, um der Aufforderung nachzukommen: Fünf Tage lang kämpfte er, zuletzt sogar von einer

Phalanx bewaffneter Posten umgeben, gegen Bundesrichter und Bundesvollzugsbeamte, um die gesetzlich und gerichtlich verfügte Rassenmischung an den Manatee-Schulen zu verhindern.

Der Staatschef, vom „Miami Herald“ wegen seiner Herrscher-Allüren „Claudius Maximus I.“ beifelt, gab seine Résistance erst auf, als Washingtons Justizminister Mitchell versprach, er werde ihm bei der Berufung gegen das Schul-Urteil helfen.

Der Kampf zwischen Gouverneur und Gerichten markiert den bisherigen Höhepunkt der erbitterten Rückzugsgefechte, die konservative Südstaaten gegen die befohlene Schul-Integration führen. Erst etwa ein Drittel aller südstaatlichen Neger-Kinder besuchen schwarzweiße Schulen.

Lester Maddox, der negerfeindliche Gouverneur des Staates Georgia, be-



Florida-Gouverneur Kirk
„Mach sie fertig!“

schimpfte die Order, an allen öffentlichen Schulen „racial balance“, also ein rassisches Proporz-System einzuführen, als „kriminellen Akt“ der Regierung gegenüber Amerikas Kindern, Lehrern und Eltern.

Maddox-Kollege Kirk hält den Proporz-Befehl für „illegal und niederträchtig“. Und Tausende von Bürgern fordern in Petitionen an den Obersten Gerichtshof, er solle die Termine für die Rassen-Integration im Klassenzimmer hinausschieben. Ihr Hauptargument: Der Gemeinschaftsunterricht von Weißen und Schwarzen erfordere einen komplizierten, teuren Zubringerverkehr mit Schulbussen. Obendrein seien die langen Transportwege und die Umschulung lästig.

Der Schulbus wurde Kampfsymbol für weiße Rassisten wie für Bürgerrechtler beiderlei Hautfarbe, aber auch für Eltern, die wenig gegen die Integration, aber viel gegen lange Schulwege haben: Um die Klassen zu mischen, müssen weiße Kinder aus den Wohnsiedlungen der Vorstädte in die Getto-Schulen des Stadtinneren ge-

fahren werden und schwarze Getto-Kinder in die Schulen der Weißen am Stadtrand.

Auch in Florida protestierten die Eltern, als der Supreme Court anordnete, die Rassentrennung in einigen rückständigen Schulbezirken müsse „unverzüglich“ aufhören. Gouverneur Kirk, der im Herbst wiedergewählt werden möchte, nutzte die Welle der Emotion zum Stimmenfang. Ähnlich wie sich 1963 Gouverneur George Wallace am Portal der University of Alabama postiert hatte, um zwei Negerstudenten die Aufnahme zu verweigern, so marschierte Anfang April der bullige Florida-Gouverneur ins Manatee-Schulamt, um den Vollzug der Rassenintegration zu stoppen.

Und ähnlich wie Wallace mit seiner Trotz-Aktion viel Beifall von rechts eingeholte, wurde jetzt Florida das „King Claude“ („Time“) zum Helden weißer Konservativer.

Staatsdiener Kirk entließ die demokratisch gewählten Mitglieder der Schulbehörde, um selbst die Kontrolle zu übernehmen. Er trotzte allen Anforderungen der Bundesjustizbehörden, er drohte Washingtons Vollzugsbeamten Gewalt an. Damit wurde er in Manatee County zum heldenhaften Streiter wider die allzu mächtigen Bundesbehörden, die (angeblich) Eltern und Kinder tyrannisieren möchten.

Die Herzen der Florida-Mütter konnte Claude Kirk ohnedies leicht gewinnen. Denn auf dem Höhepunkt des Schulstreits bekam seine — aus Bremen stammende — Ehefrau Erika ein Kind (Name: Eric, Gewicht: neun Pfund).

Sogar in der Entbindungsstation schürte Vater Kirk die Emotionen gegen Washington. Die Bundesregierung, klagte er, sei wie Ägyptens böser Pharao — doch wenn sie befehle, „daß wir unser erstes männliches Kind töten sollen, dann werde ich Eric in den Binsen verbergen“.

Telephonisch beschwor Nixons Justizminister Mitchell den Florida-Gouverneur, er möge „damit aufhören“. Der gehorchte schließlich. Vorletztes Wochenende kündigte Kirk an, er werde die Schulbehörde nun nicht mehr hindern, die richterlich befohlenen schwarzweißen Klassen einzurichten.

Kirk kann mit gutem Grund Hilfe von Präsidenten erwarten. Denn die Bürgerrechtsgesetze, die auch die Rassenintegration an den Schulen vorsehen, sind vor Nixons Amtsantritt erlassen worden. Während viele Bundesrichter auf raschen Vollzug drängen, kritisierten Nixon und seine Minister zwar nicht die Integration, wohl aber die weiten Bustransporte.

Vom Ausgang des Schulbus-Kriegs, sinniert die Rassisten-Postille „The Thunderbolt“ (Der Blitzschlag), könne das Überleben der weißen Rasse abhängen. „Möge Gott“, so fleht daher das Blitz-Blatt, „den Weißen die Kraft verleihen, den gewaltigen Kampf gegen das unaussprechliche Übel fortzuführen.“